

20. Petersberger Schiedstage, Dinner Speech, Stephan Lamby
23.2.2024

Ich freue mich sehr, zu Ihnen sprechen zu dürfen - aus 2 Gründen:

Zum einen beschäftige ich mich als Journalist seit geraumer Zeit im weiteren Sinn mit dem Thema Ihrer Tagung, ich habe die wichtigsten Mitglieder der Bundesregierung seit Dezember 2021 aus der Nähe beobachtet, für einen Dokumentarfilm und für ein Buch: „Ernstfall – Regieren in Zeiten des Krieges“.

Dann gibt es aber noch einen weiteren Grund, warum ich mich freue, heute bei Ihnen zu sein, Denn ich wohne zwar in Hamburg und arbeite viel in Berlin. Aber dieser Flecken Erde hier, das Rheintal bei Bonn, ist meine Heimat. Ich bin auf der anderen Seite des Rheins aufgewachsen, im kleinen Dorf Muffendorf in Bad Godesberg, und habe meine ganze Jugend auf den Petersberg geschaut.

Ich habe dieses Hotel - gewissermaßen aus dem Sandkasten heraus - bestaunt, als 1965 die englische Königin hier abstieg, ich habe es bestaunt als 1973 der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew hier logierte.

Ich habe auch voller Faszination auf dieses Haus geschaut, als es später leer stand und verfiel. Mit Freunden habe ich damals überlegt, das Haus auf dem Petersberg zu besetzen und in ein Jugendzentrum zu verwandeln. Hier in diesem Saal sollten nach unseren Vorstellungen abends Rockkonzerte stattfinden.

Der Petersberg ist also für mich ein besonderer, ein mythischer Ort, mit dem ich mich länger beschäftigt habe und Sie werden gleich merken, was das alles mit unserem eigentlichen Thema „Schiedsgerichtsbarkeit in Zeiten von Krieg und Krisen“ zu tun hat.

Denn hier oben residierte im September 1938 auch der britische Premierminister Neville Chamberlain.

Das Jahr 1938 war ein hochdramatisches Jahr. Hitler und seine NSDAP waren, wie wir alle wissen, nach demokratischen Wahlen an die Macht gekommen, sie hatten innerhalb kurzer Zeit den deutschen Staat nach ihren Vorstellungen umgebaut, sie hatten politische Gegner im Inland zu Feinden erklärt, inhaftieren und ermorden lassen (wer muss bei diesem Satz nicht an Alexei Nawalny, Boris Memzow und

Anna Politkowskaja denken). Die Nazis hatten 1938 massiv aufgerüstet. Sie hatten Aufsätze und Bücher geschrieben, Reden gehalten. Jeder, der Augen und Ohren und Zugang zu den relevanten Informationen hatte, konnte/musste wissen, was Hitlers weitere Absichten waren. Kurzum: Im Jahr 1938 lag Krieg in der Luft.

In dieser Lage überlegten einige demokratische Staaten in Europa, wie sie diesem Diktator und dieser immer realer werdenden Kriegsgefahr begegnen sollten. Deshalb reiste Neville Chamberlain von London aus hierhin an den Rhein, um mit Adolf Hitler zu verhandeln. Hitler residierte nicht hier auf dem Petersberg, sondern auf der anderen Rheinseite in Mehlem, im Rheinhôtel Dreesen. Dort sollten auch die deutsch-britischen Verhandlungen stattfinden. Neville Chamberlain setzte deshalb immer mit der Fähre ans andere Ufer über. Was Hitler wohl gefallen haben dürfte, denn sonst hätte er zu dem Briten den Berg hinauf fahren müssen.

Auch sonst ist der Brite Chamberlain dem deutschen Diktator weit entgegengekommen. Wenige Tage nach ihren Verhandlungen am Rhein trafen sich die beiden erneut in München, um mit den Regierungschefs aus Frankreich und Italien ein Abkommen zu schließen, das Nazideutschland wichtige Teile der Tschechoslowakei, das Sudetenland, zuschlug. Der Einmarsch der Wehrmacht im Nachbarland kurz danach war damit besiegelt.

Chamberlain, Edouard Daladier und Benito Mussolini waren zufrieden. Vor allem die beiden Regierungschefs aus England und Frankreich atmeten auf, weil sie glaubten, den Krieg verhindert zu haben. Tatsächlich haben sie ihn verhindert, aber nur für ein Jahr. Anders als von Chamberlain erhofft, gab sich Hitler mit dem Gewinn des Sudetenlandes nicht zufrieden und überfiel schon im Jahr darauf andere Nachbarländer, um letztlich nach der Weltherrschaft zu greifen.

Man kann also sagen, und das liest man in jedem Schulbuch, dass die Appeasement-Politik Chamberlains, der Versuch der demokratischen Staaten einen aggressiven imperialistischen Diktator zu beschwichtigen, gründlich in die Hose gegangen ist.

Nun sollten wir sehr vorsichtig sein, die Vergangenheit auf die Gegenwart zu übertragen, ohne auf die gravierenden Unterschiede hinzuweisen. Wir sollten Hitler nicht mit Wladimir Putin gleichsetzen.

Und doch ist es wichtig, sich mit historischen Vorgängen zu beschäftigen, um ein paar Handlungsmuster zu erkennen, um Fehler zu vermeiden. Allein schon deshalb, weil, wenn die Dinge sehr

schlecht laufen, wir sehr bald wieder über Chamberlain und Hitler diskutieren werden. Und zwar in der ganzen Welt.

Im Januar und Februar 2022, genau vor zwei Jahren, reisten Annalena Baerbock, Olaf Scholz und Emmanuel Macron nicht an den Rhein, sondern nach Moskau, um Sergej Lawrow und Wladimir Putin davon abzubringen, die Ukraine zu überfallen. Sie haben ihm – anders als 1938 - nicht signalisiert, dass die westlichen Staaten stillhalten würden, wenn Russland sich den Osten der Ukraine einverleiben würde, also die Oblaste Donezk und Luhansk. Sie haben Putin und Lawrow nicht schriftlich geben wollen, dass die Ukraine niemals Mitglied der Nato werden würde. Im Gegenteil, sie haben mit Wirtschaftssanktionen gedroht, vermutlich auch mit der Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen im Falle einer Invasion.

Sie haben sich also gegen Chamberlains Appeasement-Strategie entschieden, gegen einen weichen Kurs und für einen harten Kurs, der aber ohne die Maximaldrohung – einen eigenen Militärschlag gegen Russland und eine direkte Beteiligung der Nato - auskam. Die dramatischen Wochen, die Verhandlungen, die Abkehr vom Grundsatz, keine Waffen in ein Krisen- und Kriegsgebiet zu liefern, habe ich in meinem Buch „Ernstfall – Regieren in Zeiten des Krieges“ ausführlich beschrieben. Auch die Folgen für unsere Energieversorgung und Wirtschaft bis zum heutigen Tag habe ich dort nachgezeichnet.

Das Ergebnis dieser abgestuften harten Strategie des Westens gegen den Kriegstreiber Putin war, dass auch dieses Vorgehen Putin nicht davon abhielt, die Ukraine zu überfallen. Aber das Ergebnis dieser Strategie ist zumindest bis heute auch, dass der Krieg geografisch über die Ukraine hinaus nicht eskalierte. Das liegt wohl auch daran, dass beide Seiten – Russland und die von den USA geführte Nato - über ein ultimatives Abschreckungspotential verfügen, das 1938 weder England und Frankreich noch Nazi-Deutschland zur Verfügung stand, nämlich Atomwaffen.

Lassen Sie uns einen Blick nach vorne werfen, denn die Verhandlungen zwischen Chamberlain und Hitler, das Münchner Abkommen, „ihr Deal“, wird mit einiger Wahrscheinlichkeit sehr bald aus den Archiven der Weltpresse wieder herausgeholt werden, und im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf eine Rolle spielen – und, sollte Donald Trump wiedergewählt werden, erst recht dann.

Denn Trump hat ja angekündigt, den Krieg in der Ukraine innerhalb von 48 Stunden zu beenden. Er rühmt sich als Geschäftsmann, der es versteht, gute Deals zu machen. Man weiß noch nicht genau, wie er sich einen solchen Deal mit Putin vorstellt. Aber viel spricht dafür, dass er – über die Köpfe von Wolodymyr Selenskyj und der Ukrainer hinweg – Putin anbieten wird, dauerhaft den Osten der Ukraine und die Krim sowieso zu behalten.

Im Gegenzug müsste Putin seine Angriffe einstellen.

Selenskyj hätte vermutlich gar keine andere Wahl, als sich zu beugen, weil die USA sonst ihre militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine ganz einstellen würden.

Wie realistisch dieses Szenario eines amerikanischen Rückzugs aus der westlichen Anti-Russland-Allianz ist, haben wir in den letzten Wochen beim Tauziehen im US-Kongress gesehen, als es um die Verlängerung bzw. den Stopp der amerikanischen Hilfe für die Ukraine ging. Dieses Tauziehen ist noch nicht zu Ende.

Deutschland und die verbliebenen Alliierten vor allem in Europa stünden – bei einem vollständigen Ende der US-Hilfe - vor der Wahl, die Ukraine gegen den Willen Trumps alleine weiter zu unterstützen oder sich ebenfalls den USA beugen. Die Diskussionen und Spannungen in Deutschland, insbesondere im Bundestagswahljahr 2025, werden extrem sein und jede Menge gesellschaftlichen Sprengstoff bergen.

Ein solcher 48-Stunden-Deal von Trump und Putin könnte durchaus Vorteile haben, er würde die Kampfhandlungen möglicherweise beenden, zumindest stark reduzieren. Vermutlich wäre aber ein langer Guerillakrieg gegen die russischen Besatzer die Folge.

Wahrscheinlich ist jedoch auch, dass ein solcher Deal Putin dazu verleiten wird, sich auch in den übrigen Landesteilen der Ukraine festzusetzen, die politische Führung in Kiew zu entmachten – vielleicht zu ermorden - und wieder durch eine ihm genehme Marionettenregierung zu ersetzen.

Ein solcher Deal hätte mit großer Wahrscheinlichkeit weitere Nachteile. Er würde den Ukrainern signalisieren, dass man sie – trotz aller Bekenntnisse, ihnen „as long as it takes“ beizustehen – doch im Stich lassen würde. Vermutlich würden einige Millionen Menschen die Flucht ergreifen, viele davon nach Deutschland. Die gesellschaftlichen

Spannungen hierzulande, die diese Massenmigration auslösen würde, kann sich jeder vorstellen.

Ein solcher Deal über die Köpfe der Europäer hinweg würde das transatlantische Bündnis schwächen, der Vertrauensverlust wäre vermutlich irreparabel. Und schließlich: Ein solcher Deal würde die Nato spalten.

Und jetzt kommen wir zum gravierendsten Punkt: Ein solcher Deal würde die Aggression des russischen Diktators, den Überfall Russlands gegen die Ukraine, belohnen.

Putin hätte seinem Russland nicht das Sudetenland einverleibt, sondern dauerhaft Donezk und Luhansk. Und Donald Trump wäre dann der Donald Chamberlain des Jahres 2025.

Einen solchen miesen Deal würden sich auch all die Staaten merken, die jetzt oder in der Zukunft vorhaben, andere Länder zu überfallen. Das müssen ja nicht nur Nordkorea oder China sein. Auch die USA selbst – das sollte wir nicht vergessen - gehörten in den vergangenen Jahrzehnten nicht gerade zu den friedlichsten Nationen auf der Erde.

Bezogen auf Russland hieße das – lassen Sie uns das Gedankenspiel ruhig zu Ende spielen –, dass die Belohnung der russischen Kriegsführung und die Schwächung des Westens Wladimir Putin dazu verleiten können, nach einer Erholungsphase seiner Armee, auch Moldau und Georgien zu überfallen, eventuell auch das Baltikum.

Stets mit dem Argument, die russische Minderheit in den jeweiligen Ländern zu schützen – auch für diese Argumentation gibt es in der Geschichte ausreichend Beispiele. Zwar hat Putin erklärt, dass er kein Interesse an einem solchen Überfall habe. Aber wer will dem Kriegstreiber Putin noch glauben?

Nein, auf eine Unterstützung durch die USA können Lettland, Litauen und Estland nicht vertrauen. Donald Trump muss die USA gar nicht offiziell aus der Nato führen – was wegen der Mehrheitsverhältnisse im US-Kongress aktuell gar nicht möglich wäre. Er könnte sich damit begnügen, bei der Umsetzung des viel gerühmten Artikel 5 des Nato-Vertrags auf die Europäer zu verweisen: Wir seien ja eh dichter an den osteuropäischen Länder dran. Außerdem würden wir den USA noch viel Geld schulden, weil wir in der Vergangenheit nicht genug für die Aufrüstung getan hätten.

Wie sehr das Donald Trump umtreibt, konnte man einem Satz entnehmen, den er erst vor wenigen Tagen bei einem Wahlkampfauftritt in South Carolina gesagt hat. Der „Präsident eines großen Landes“ habe ihn einmal gefragt, ob er als amerikanischer Präsident dieses Land auch dann vor einem russischen Angriff schützen würde, wenn es die verabredeten Verteidigungsausgaben nicht zahle. Er, Trump, habe daraufhin geantwortet: „Nein, ich würde Euch nicht beschützen.“ Er würde Russland vielmehr „sogar dazu ermutigen, zu tun, was auch immer zur Hölle sie wollen.“

Trump will also nicht auf einen neuen Angriff Putins gegen einen europäischen Staat warten. Er will Putin schon vorher ausdrücklich dazu ermuntern. Aktuell erreichen 13 Nato-Staaten nicht das Ziel, 2 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts für Verteidigung auszugeben. Diese Länder also meint Donald Trump. Darunter sind Frankreich, Spanien, Italien, die Benelux-Staaten. Deutschland steht auf der Kippe. Zwar behauptet die Bundesregierung, im Jahr 2024 das 2-Prozent-Ziel zu erreichen. Aber Experten im eigenen Land, darunter die DGAP, sahen das zuletzt anders. Und Donald Trump sieht das im Zweifel ebenfalls anders.

Muss man solche Sprüche von Donald Trump ernst nehmen? Ja, man muss sie verdammt ernst nehmen. Denn Donald Trump hält nichts von der Nato. Für ihn ist sie eine Vereinigung zum Schutz der Europäer. Und in Europa, vor allem in der Europäischen Union, sieht er nicht so sehr einen Verbündeten, sondern einen Konkurrenten für die amerikanische Volkswirtschaft. Warum, so denkt er, sollte man die militärische Sicherheit dieses Konkurrenten garantieren?

Wenn man sich für einen kurzen Moment auf die Logik des Dealmakers Donald Trump einlässt, muss man feststellen: Eine solche Aussage schwächt die Nato bereits heute massiv. Eine solche Aussage schwächt die eigene Verhandlungsposition bei einem Deal mit Wladimir Putin, der zunehmend aus der Position der militärischen Stärke heraus verhandeln kann.

Und Donald Trump schwächt die eigene Verhandlungsposition auf absurde Weise noch mehr, in dem er aus innenpolitischen und wahltaktischen Gründen die bitter notwendige weitere Unterstützung im amerikanischen Kongress blockiert.

Nein Donald Trump hat kein Interesse an der Ukraine, er hat kein Interesse an Europa. Er hat nur Interesse an sich selbst. Donald Trump wäre als Präsident ein denkbar schlechter Dealmaker.

Für jedes angegriffene Land, aktuell für die Ukraine, gilt: Es gibt etwas, das noch schlechter ist als Krieg. Nämlich, einen Krieg zu verlieren. Dafür, für eine solche Niederlage, würde dann nicht nur Wladimir Putin Verantwortung tragen, sondern auch Donald Trump.

Ja, irgendwann wird bzw. muss auch dieser Krieg am Verhandlungstisch beendet werden. Aber nur mit der Ukraine und nicht gegen sie. Deshalb muss der Westen die Ukraine weiter stärken und nicht schwächen.

All diese Gedanken, über die wir uns hier beim Abendessen den Kopf zerbrechen, sind Olaf Scholz und seinem Kabinett natürlich nicht fremd. Wenn man die öffentlichen Äußerungen von Olaf Scholz und Boris Pistorius in den letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat, dann sprechen sie immer offener von dem beschriebenen Trump-Szenario. Pistorius redet davon, Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden, er denkt laut über die Aufstockung der Anzahl der Bundeswehrsoldaten nach, was zu einer Wiedereinführung der Wehrpflicht führen könnte.

Und Olaf Scholz drängt die EU-Partner immer stärker, ihren Beitrag zur Unterstützung der Ukraine zu erhöhen. Nach seinem Besuch bei Joe Biden in Washington hat er gerade wörtlich gesagt: „Wir sollten nicht drumherum reden: Für die Frage, ob die Ukraine in der Lage sein wird, das eigene Land zu verteidigen, ist die Unterstützung der Vereinigten Staaten unverzichtbar.“ Mit anderen Worten: Ohne die USA ist die Ukraine erledigt. Man muss es noch deutlicher formulieren: Mit Trump ist die Ukraine verloren.

Das alles ist Ausdruck einer wachsenden Angst, die im Kanzleramt nie jemand als „Angst“ bezeichnen würde, sondern euphemistisch als „Vorsicht“. Diese Aktivitäten von Scholz und Pistorius erscheinen mir – der wie Olaf Scholz vor vielen Jahren den Kriegsdienst verweigert hat – sinnvoll. Es wird höchste Zeit, sich auf dieses Szenario einzustellen.

Nachdem sich Wladimir Putin über alle diplomatischen Versuche hinweggesetzt und die Ukraine überfallen hat, und er der Welt auf brutalste Weise bewiesen hat, wozu er fähig ist und dass seiner kriegslüsternden Phantasie keine Grenzen gesetzt sind, sollte wir nicht darauf hoffen, dass er freiwillig seinen Kriegszug beendet. Denn das es ihm nicht nur um die Ukraine geht, sondern vielmehr um die Wiederherstellung des großrussischen Imperiums mit all seinen Sattelitenstaaten vor der Nato-Osterweiterung ab 1997, das hat er wiederholt gesagt und geschrieben.

Und auf Donald Trump sollten wir erst recht nicht hoffen.

Nein, 86 Jahre nachdem Neville Chamberlain vom Hotel Petersberg heruntergefahren ist und sich mit der Rheinfähre hinüber zu Hitler hat fahren lassen, erscheint mir die wirre Beschwichtigungsstrategie von Donald Trump untauglich, ja brandgefährlich zu sein.

Diese beiden Gebäude – das Hotel Petersberg und das Rheinhôtel Dreesen auf der anderen Seite des Flusses – stehen sinnbildlich für eine gescheiterte Krisen- und Kriegspräventionspolitik.

Wir benötigen heute keinen britischen Chamberlain und erst recht keinen amerikanischen Chamberlain im Gewand eines populistischen Deal-makers.

So bitter und unbequem die Lektion ist, die Putin den Westen in den vergangenen zwei Jahren gelehrt hat, dann ist es die, dass er sich nur von der Entschlossenheit und der militärischen und wirtschaftlichen Stärke seiner Gegner beeindrucken lässt.

Ich fürchte, der Konflikt mit Russland steht nicht kurz vor dem Ende, er hat gerade erst begonnen.

So wichtig es ist, darüber nachzudenken und alle Möglichkeiten auszuloten, diesen Krieg zu beenden, wir sollten, ja wir müssen auch darüber nachdenken, wie eine Ausweitung des Krieges verhindert wird und wie künftige Kriege vermieden werden.

Die größte Gefahr für den Frieden und auch für unsere Demokratien geht daher aktuell nicht nur von Wladimir Putin aus, sondern von einer Kombination aus Wladimir Putin und Donald Trump.

Darüber sollten wir uns bewusst sein, darauf müssen wir uns in Europa vorbereiten – in einer wirtschaftlich starken und politisch möglichst einigen Europäischen Union. Eine Union, die unsere Demokratien gegen die Bedrohungen von außen und von innen verteidigt.

Tatsächlich liegt in diesem Europa meine Hoffnung.

Denn wir Deutsche und wir Europäer haben die Lehren – auch darüber schreibe ich in meinem Buch – unserer eigenen unseligen Geschichte ja bereits gelernt.

Nehmen wir zum Schluss die Deutschen und die Franzosen. Drei Mal haben wir in den letzten eineinhalb Jahrhunderten Krieg gegeneinander geführt. Aber: Wir haben den Hass unserer Völker überwunden, wir haben unsere Grenzanlagen abgebaut und in Deutschland, Frankreich und vielen anderen Ländern sogar eine gemeinsame Währung eingeführt.

Der Rhein, der Deutschland und Frankreich geografisch trennt, ist schließlich auch ein Symbol für Gemeinsamkeit, ein Symbol einer unheilvollen Vergangenheit, aber eben auch ein Symbol einer gemeinsamen friedlichen Zukunft.

Deshalb empfehle ich Ihnen zum Schluss: Fahren Sie morgen oder übermorgen mal mit der Rheinfähre von der Ostseite des Rheins auf seine Westseite. Das ist zwar keine Fahrt von Deutschland nach Frankreich, sondern nur von Königswinter nach Mehlem. Aber das reicht.

Denken Sie von mir aus an Neville Chamberlain und Adolf Hitler. Denken Sie an Trump und Putin. Aber denken Sie vor allem an Europa.

Und erfreuen sich an der Fahrt über den Fluss. Diese Fahrt über den Rhein ist wirklich schön.

Vielen Dank.